

Referat Politforum Thun

Flüchtlinge in der Bildung

10.März 2017

Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor des
Kantons Bern

1. Einleitung

Ich danke den Organisatoren, dass ich Ihnen hier den Aspekt „Bildung“ innerhalb der ganzen Flüchtlingsthematik darstellen zu darf.

Der Blick der Bildung auf diese Thematik ist ein eigener, klarer Blick. Wir von der Bildungsseite sind nicht mit der Frage konfrontiert, welche Personen denn ein Aufenthaltsrecht erhalten sollen, wie viele Flüchtlinge wir überhaupt aufnehmen können, wie man solche Flüchtlingsschicksale durch Massnahmen vor Ort verhindern könnte – alles äusserst schwierige und politisch sehr umstrittene Fragen.

Für die Bildung ist klar – und zum Glück ist das eigentlich in unserer Gesellschaft auch unbestritten: Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung – unabhängig von seinem Aufenthaltsstatus. Das ist ein unbestrittenes Grundrecht, garantiert durch die Bundesverfassung, unsere kantonale Verfassung, das Volksschulgesetz und internationale Übereinkommen. Wir bleiben aber nicht bei der obligatorischen Schulzeit stehen: Wir streben an, dass möglichst alle einen Abschluss auf der Sekundarstufe II erwerben.

Dieses Recht auf Bildung ist klar. Und es ist auch in der Sache absolut richtig. Wir wollen nicht, dass hier eine Parallelgesellschaft von Menschen entsteht, die unsere Sprache, unsere Traditionen und Werte nicht kennen und deshalb die soziale und berufliche Integration erschwert oder gar verhindert wird. Wenn Menschen hier bleiben, so sollen sie ein vollwertiger Teil der Gesellschaft werden, an unseren Errungenschaften teilhaben, jedoch auch einen Beitrag zum Funktionieren unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft leisten. Dazu brauchen sie eine gute Bildung in der Volksschule und danach einen Abschluss auf der Sekundarstufe II.

Und wenn sie – hoffentlich – wieder in ihre Heimat zurückkehren können, so sollen sie mit ihren bei uns erworbenen Kompetenzen beim Aufbau und der Weiterentwicklung ihres Landes helfen. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Verhinderung neuer Flüchtlingsströme.

Das alles ist für uns alle zum Glück klar. Und das Schöne ist: Das entspricht auch dem Bedürfnis der überwiegenden Mehrheit der hier Schutz suchenden Menschen. Sie wissen, was arbeiten heisst, in den allermeisten Fällen haben sie mit riesigem Einsatz den Weg hierher gefunden, dafür viel leisten müssen und dafür nicht selten ihr Leben auf Spiel setzen müssen. Das Bild, dass viele Menschen hierher kommen, weil Europa ihr persönlicher Traum ist und weil es sich hier etwas bequemer leben lässt als zu Hause – weil man mehr verdient als dort – ist ein falsches Bild. Auch wenn es das ist, was mit dem Begriff „Wirtschaftsflüchtlinge“ unterstellt wird.

Die allermeisten Menschen wollten von dort, wo sie geboren sind, nicht fort. Sie harrten dort aus, bis sie feststellen mussten, dass es für sie keine Zukunft,

keine Perspektive, kein sicheres Leben mehr gibt. Oft haben sie eine gute soziale und berufliche Position in ihrer Heimat und ein soziales Netz aufgegeben, eine bekannte Kultur, eine Heimat verlassen, um in das völlig Offene, Ungewisse aufzubrechen. Sehr oft war die Schweiz gar nie ihr Ziel. Sie lebten zunächst Jahre in Nachbarländern ihrer Heimat, bis es auch dort keine Sicherheit, keine Perspektive, keine Zukunft für sie mehr gab.

Wir stellen heute von Seiten der Bildung fest, dass viele der ankommenden Flüchtlinge sehr motiviert sowie lern- und leistungsbereit sind. Das Potenzial dieser Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen dürfen wir nicht einfach brach liegen lassen. Sie wollen irgendwo auf dieser Welt Sicherheit, eine Chance, Frieden und Perspektive erleben. Sie haben ein Recht darauf, dass wir ihre Potenziale fördern. Und wir haben ein Interesse daran, dass sie diese Potenziale einsetzen. Es wäre dumm, die Kinder und Jugendlichen nicht auszubilden und die Erwachsenen durch Arbeitsverbote oder andere Hindernisse zum Nichtstun zu erziehen.

Ich möchte nun in der Folge aufzeigen, wie der Kanton Bern Bildung in Zusammenhang mit der erhöhten Zuwanderung von Asylsuchenden umsetzt. Es war mir ein Anliegen, Ihnen zuerst meine bzw. unsere Grundhaltung in dieser Frage darzulegen. Sie erklärt dann, wie wir das Thema angepackt haben.

Auf die Bildungsinstitutionen warten gewaltige Herausforderungen. Sowohl in Bezug auf den Bildungsauftrag als auch auf die Finanzen. Ich bin aber, um mit den Worten von Angela Merkel zu sprechen, überzeugt: „Wir schaffen das“.

Mir ist wichtig, diesen Satz zu klären:

- Mit „Wir“ ist die gemeinsame Anstrengung gemeint. Sowohl von „uns“, die wir schon immer oder schon lange in der Schweiz leben, wie auch von den „andern“, den Migrantinnen und Migranten, die erst seit kurzer Zeit bei uns leben.
- Und es ist ebenso wichtig zu klären, was mit „wir schaffen DAS“ gemeint ist. Die Vorstellungen davon, was an Integration

erwartet wird, gehen weit auseinander (Beispiel Schwimmunterricht / Beispiel Lernende die mit Kopftuch /Hijab, keine Lehrstelle finden).

- Wir schaffen das, aber es wird auch schwierig werden. Man muss mit den Menschen ehrlich sein. Wir schaffen das, aber es wird eine Herkulesaufgabe sein.

Bisher hat unser Land im Bildungsbereich diese Aufgabe sehr gut gemeistert. Bei der Arbeitsintegration hingegen sind noch grosse Anstrengungen erforderlich. Wenn wir bedenken, wie hoch der Anteil der Migrantinnen und Migranten an der Bevölkerung der Schweiz ist und wie wenig Probleme letztlich die erhöhte Zuwanderung aufgeworfen hat – da dürfen wir feststellen, dass sich die bisher ergriffenen Massnahmen der Behörden und Institutionen auf staatlicher, kommunaler und privater Ebene offenbar bewähren.

Wir dürfen stolz sein, was unser Land bisher geleistet hat, aber wir sind angesichts der kommenden Herausforderungen gefordert, „es“ noch besser zu machen.

2. Vorschule

Eine ganz wichtige Aufgabe ist es, bereits die Kinder im Vorschulalter zu erfassen und ihnen dort die nötige Unterstützung zu geben, damit der Einstieg und die Integration in die Bildungsstufen erfolgreich verlaufen.

Das geschieht bei zuziehenden Asylsuchenden selbstverständlich heute durch die Asylsozialhilfestellen bereits in den Kollektivunterkünften oder bei den weiteren Phasen der Unterbringung. Es ist aber auch bei den Kindern der immigrierten Menschen, die hier schon länger leben, eine wichtige Aufgabe.

Ich freue mich darüber, dass zum Beispiel die Stadt Bern mit dem Projekt „Primano“ in dieser Beziehung eine vorbildliche Arbeit macht: Sie versucht, Kinder im Vorschulalter, die dringend Integrations- und Sprachunterstützung brauchen, zu erfassen und zu unterstützen, und zwar über eine sorgfältige Elternarbeit.

Die Betreuung der Kinder im Vorschulalter – also vor dem Kindergarten – ist nicht in der Zuständigkeit der Erziehungsdirektion. Und doch kann auch meine Direktion hier einen Beitrag leisten, indem sie Mutter-Kind-Deutschkurse (bzw. Französischkurse (Im französischsprachigen Kantonsteil: cours de langue destinés aux mères d'enfants en âge préscolaire) subventioniert. Alle subventionierten MuKi-Sprachkurse basieren auf einer einheitlichen Grundidee und entsprechen festgelegten Qualitätskriterien.

Mit Hilfe der Mutter-Kind-Beratung bei den Erziehungsberatungsstellen können wir frühzeitig erkennen, ob Kinder einen besonderen Unterstützungsbedarf haben. Dann können entsprechende Massnahmen im Hinblick auf die Einschulung mit den Schulbehörden oder auf den Bedarf an heilpädagogischer Früherziehung gemeinsam mit den Stellen der GEF in die Wege geleitet werden.

3. Volksschule

Die Volksschule hat jahrelange Erfahrung mit der Integration. Sie wissen alle, dass es heute in unserem Kanton Klassen gibt mit einem 90-100 prozentigen Anteil an Migrantinnen und Migranten, deren Muttersprache nicht Deutsch oder Französisch ist. Und wir schaffen das. Natürlich: Das hat dann auch einen Einfluss auf die Schulleistungen, namentlich in der Unterrichtssprache (Deutsch bzw. Französisch). Und es soll mir niemand sagen, die Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer, die Schülerinnen und Schüler auf das gleiche Kompetenzniveau wie jenes der MuttersprachlerInnen zu bringen, sei einfach zu erfüllen.

Was wir heute tun im Bereich Volksschule ist das Folgende:

Damit ein Kind erfolgreich in die Volksschule integriert werden kann, braucht es genügend Kenntnisse in Deutsch (oder im französischsprachigen Kantonsteil, in Französisch). Das stellen wir sicher durch gezielten zusätzlichen Unterricht in

„Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ oder Français langue seconde, FLS).

Das bisher für die „normale“ Migration verwendete Unterstützungssystem ist auf die neuen Anforderungen durch die erhöhte Zuwanderung von Asylsuchenden ausgeweitet worden.

- Hat es an einem Ort nur wenige Kinder, welche die Unterrichtssprache nicht oder fast nicht können, so findet dieser Unterricht im Rahmen einer Regelklasse mit DaZ-FLS-Unterricht statt.
- Hat es an einem Ort viele Schülerinnen und Schüler ohne Kenntnisse der Unterrichtssprache, so findet der Unterricht im Rahmen von Intensivkursen in Deutsch oder Französisch als Zweitsprache (IK DaZ, CI FLS) statt. Die Intensivkurse finden in der Regel in den Räumlichkeiten der Volksschule vor Ort statt¹.

¹ Die IK finden nur ausserhalb der Volksschule statt (z.B. Aeschiried, Lyss oder Bern oder UMA in Huttwil), wenn kein Schulraum in der Schulanlage zur Verfügung steht.

Hier werden mindestens 20 Lektionen pro Woche unterrichtet, um die Kinder auf ein Sprachniveau zu bringen, das es ermöglichen soll, dem Volksschulunterricht zu folgen. Bei Kindern von Asylsuchenden wird in der 1. Phase der Unterbringung (in Kollektivunterkünften) eine Integration in die Regelklassen der Volksschulen nicht à tout prix angestrebt. Eine solche erfolgt in der Regel erst dann, wenn die Familien in Wohnungen untergebracht werden (Phase 2) und somit mit einer längeren Aufenthaltsdauer in der Gemeinde zu rechnen ist.

Ziel ist immer die Integration in die Regelklasse zum richtigen Zeitpunkt. Wir haben nicht das Ziel, Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in separaten Strukturen zu schulen. Integration in die ordentlichen Bildungsgänge ist das Hauptziel unserer Massnahmen.

Auch nachdem ein Kind in die Regelklasse eingetreten ist, ist eine Unterstützung mit DaZ/FLS weiterhin möglich. Die Einstufung in die entsprechende Klasse und ins entsprechende

Niveau in der Oberstufe erfolgt gemäss Empfehlung der DaZ-Lehrperson der Phase 1, wenn immer möglich ungefähr altersgemäss.

Die entsprechenden Mittel stammen einerseits aus dem ordentlichen Pool für die Besonderen Massnahmen (DaZ/FLS), wo dies auf Grund der Anzahl betroffener Kinder nicht ausreicht, werden zusätzliche Lektionen gesprochen. Das hat bis jetzt gut geklappt. Wir haben in den Finanzplänen zusätzliche Mittel eingeplant – sie haben bisher ausgereicht.

Kinder, die in frühen Jahren in die Volksschule einsteigen, haben sehr gute Chancen, in der bevorstehenden Volksschulzeit die erforderlichen Kompetenzen zu erwerben, um erfolgreich in die Berufsbildung oder in die Schulen der Sekundarstufe II überzutreten.

Anders verhält es sich jedoch bei Jugendlichen, die im späteren Kindes- oder Jugendalter zu uns ziehen. Wir haben festgestellt, dass es immer mehr Jugendliche gibt, die vom Alter her in die Sekundarstufe I eingestuft werden müssten, deren mangelnde Kenntnisse der Unterrichtssprache

sowie der Bildungshintergrund es ihnen aber nicht ermöglichen wird, dem Unterricht auf der Sek I zu folgen. Diese Jugendlichen haben in ihren Herkunftsländern oft kaum die Schule besucht.

Deshalb haben wir im Sommer 2016 Regionale Intensivkurse PLUS, so genannte RIK+, für Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren eröffnet. Diese Jugendlichen werden während zwei Jahren in Deutsch, Mathematik und Alltagsorientierung unterrichtet. Nach einem Semester werden die jüngeren mit dem Ausbildungsprogramm in Richtung Sekundarstufe I, die älteren in Richtung Brückenangebote orientiert, wobei erste Bekanntschaften mit der Berufswelt einzuplanen sind (z.B. Schnuppertage).

An sich widerspricht das unserer Grundhaltung, die Kinder und Jugendlichen in die Regelstrukturen zu integrieren. Aber wir mussten feststellen, dass eine direkte Aufnahme in die Regelklassen bei diesen Jugendlichen keine sinnvollen Ergebnisse bringen würde.

Derzeit sind Kurse in Bern, Biel, Köniz und Thun eröffnet worden. Die ersten Rückmeldungen sind

positiv. Soweit ich im Bild bin, werden weitere RIK+ auch in Burgdorf, Langenthal und Interlaken diskutiert, ich glaube, auch dort besteht Bedarf nach RIK+.

4. Sekundarstufe II

Wir haben seit langer Zeit auf der Sekundarstufe II Erfahrung in der Unterstützung spät zugewanderter Jugendlicher – seien es Flüchtlinge, seien es Jugendliche im Familiennachzug –, um ihnen den Einstieg in die weiterführenden Schulen, insbesondere die Berufsbildung, zu ermöglichen.

Im Vordergrund steht zunächst mal unser Brückenangebot „**Berufsvorbereitende Schuljahre**“, die früher so genannten 10. Integrations-Schuljahre. Hier haben wir seit langem ein Angebot an Integrationsklassen, so genannte Berufsvorbereitende Schuljahre, Praxis und Integration (BPI)-Klassen. Hier können wir den Jugendlichen während ein bis zwei Jahren die nötigen Sprach- und Kulturkenntnisse beibringen,

und sie im nötigen Schulstoff und bei der Lehrstellensuche unterstützen.

In den letzten zwei Jahren haben wir die Anzahl BPI-Klassen von rund 15 auf 50 erhöht. Damit sind wir an die Kapazitätsgrenzen gestossen, nicht nur finanziell. Wir finden derzeit auch nicht mehr genügend Räume und kaum mehr qualifizierte Lehrpersonen, um dieses Angebot noch stark auszubauen. Trotzdem haben wir eine Warteliste von über 300 Jugendlichen. Offen sind diese Klassen für Jugendliche zwischen 17 und 25 Jahren.

Die Ergebnisse sind aber sehr gut und ich bin überzeugt, dass dieses Angebot ein grosser Erfolg ist. Wir haben im Finanzplan dafür zusätzliche Mittel reserviert, für das vergangene Jahr müssen wir aber beim Grossen Rat einen Nachkredit holen.

Wir sind derzeit daran, dieses Angebot angesichts der grossen Nachfrage etwas zu flexibilisieren. Es ist problematisch, wenn wir mehrere hundert Jugendliche auf der Warteliste haben – Stichwort: Wir wollen die Menschen ja bilden und motivieren und nicht zum Nichtstun erziehen. Deshalb prüfen

wir, das Angebot – zumindest solange bis die Schülerzahlen wieder zurückgehen – zu flexibilisieren und die Klassen auch etwas grösser zu machen. Das heisst, einen Durchschnitt von 18 Schülern pro Klasse vorzusehen statt einer von 16 (Dies stellt schon eine rechte Herausforderung dar; wir werden allerdings im Gegenzug den Halbklassenunterricht ausbauen, um weiterhin eine individuelle Förderung zu ermöglichen). Und vor allem werden wir je nach Situation der Schülerinnen und Schüler nicht mehr 35-40 Lektionen pro Woche vorsehen, sondern 20-33 Lektionen. Entsprechende Arbeiten sind derzeit in meiner Direktion im Gange.

Für Schülerinnen und Schüler, die in ihrem Heimatland bereits ein **Gymnasium** besucht haben und wegen ihrer Sprachkenntnisse einem Gymnasium noch nicht folgen könnten, haben wir an der Berufsschule in Biel eine Pilotklasse eröffnet, um ihnen die entsprechenden Sprach-, Kultur- und Stoffkenntnisse zu vermitteln. Wie in der Volksschule hat sich auch beim Gymnasium gezeigt, dass die bisher praktizierte direkte Integration angesichts der steigenden Zahlen an betroffenen Jugendlichen für die Schulen nicht mehr praktikabel ist. Die Pilotklasse in Biel ist gut

angelaufen und stösst auch medial auf ein grosses Interesse. Zum Schutz der Schülerinnen und Schüler dort mussten wir sogar die Medien ein bisschen verträsten...

Mittelfristig stellt sich aber generell die Frage, was wir mit den Brückenangeboten bieten können für Jugendliche, die eigentlich nicht in die Berufsbildung, sondern eindeutig in ein Gymnasium eingegliedert werden sollten.

Wir begrüssen und fördern selbstverständlich auch Instrumente wie Vorlehren, Eidgenössische Berufsattest-Lehrstellen (EBA-Lehrstellen) und die Berufseingliederung mit der vom Staatssekretariat für Migration (SEM) im Rahmen eines Pilotprogramms vorgesehenen „Integrationsvorlehre“.

Meine Direktion hat gegenüber dem SEM eine Interessensbekundung für dieses neue Brückenangebot eingereicht. Wir wollen bis 2020 rund 120 zusätzliche Vorlehren für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene bereitstellen. Dabei ist uns bewusst: Das gelingt nur wenn wir die Verbände und Betriebe überzeugen können, diese

Integrationsvorlehre gemeinsam aufzubauen, denn die Finanzierung der Vorlehrplätze durch das SEM setzt eine enge Zusammenarbeit der Berufsbildungsämter mit den Verbänden (OoA) voraus.

Erste Vorbereitungen für die Berufsfelder Gesundheit, Logistik, Betriebsunterhalt und Landwirtschaft sind am Laufen. Es handelt sich nicht um eine „Schnellbleiche“, sondern um eine praxisbezogene, auf den Beruf ausgerichtete Vorbereitung der spät zugezogenen Flüchtlinge. Sie sollen in echten Betrieben Erfahrungen sammeln und die nötigen Voraussetzungen für die Berufsbildung sammeln. Wir schaffen das gemeinsam.

Denn wichtig ist nach der Bildungsvorbereitung vor allem, dass die Lehrbetriebe bereit sind, die entsprechenden Jugendlichen mit Migrationshintergrund auch wirklich in die Lehrstellen aufzunehmen. Wir sind überzeugt, dass viele dieser Jugendlichen das Potenzial haben, einen grossen Beitrag zu unserer Wirtschaft zu leisten. Ich verstehe auch die Unternehmer, die noch andere Sorgen haben, als sich für die Integration der Flüchtlinge in ihrem Betrieb zu engagieren. Und doch ist es eine zentrale Aufgabe

und ich appelliere an alle, sich hier einzusetzen!
Zudem kann der Einsatz auch helfen, dem
Fachkräftemangel zu begegnen. Dazu ein Beispiel:

Shoeib Mirzai, 22 Jahre, ist Bauspengler EFZ und wurde Bronzemedailien-Gewinner an den Swiss-Skills 2014. Mit 16 Jahren floh er aus Afghanistan. In der Schweiz besuchte er ein Berufsvorbereitendes Schuljahr Praxis und Integration. Nach zwei Jahren mit Unterricht in der Sprache, in den Grundkompetenzen und in konkreter Berufsvorbereitung absolvierte er eine Berufslehre als Bauspengler mit EFZ und ist heute stolzer Besitzer einer Bronzemedaille der Swiss Skills.

Wichtig für uns ist auch:

- Dass im Verfahren bei der Zuteilung der Asylbewerber schon früh die beruflichen Fähigkeiten, Bedürfnisse und Potenziale abgeklärt werden, damit hier von allem Anfang an die richtigen – oder zumindest nicht die falschen – Weichen gestellt werden. Etwas überspitzt gesagt: Es macht wenig Sinn, einen Asylbewerber, der am Studieren war, in Uri zu

platzieren, wenn er eigentlich an einer Hochschule weiterstudieren sollte.

- Dass wir mit dem Bund die Finanzierung der entsprechenden Integrationsbemühungen klären und verbessern können. Entsprechende Gespräche der EDK mit dem SBFI finden derzeit statt.

5. Hochschulen

Auch die Hochschulen haben lange Erfahrung mit der Aufnahme ausländischer Studierender und mit der Anerkennung entsprechender Vorbildungsausweise – besonders an Universität und Fachhochschule studieren ja Menschen aus aller Welt. Grundsätzlich sind die Zulassungsverfahren also gut eingespielt.

Zwei Aspekte sind bei der Zulassung von geflüchteten Menschen an eine Hochschule allerdings oft komplexer als für freiwillig mobile Studierende:

- Die effektive Verfügbarkeit der Vorbildungsausweise und
- die Sicherstellung der erforderlichen Sprachkenntnisse.

Gegen den Umstand, dass durch eine Fluchtsituation oft die Diplome und Ausweise verloren oder unzugänglich sind, können wir nichts machen. Die Hochschulen sind daher bestrebt, in solchen Fällen ihre Spielräume zu nutzen und im Zweifelsfall den Studienzugang zu ermöglichen. Dies geschieht vor allem auch, weil es sich im Verhältnis zur Gesamtzahl der Geflüchteten nicht um eine grosse Zahl von Personen handelt.

Die Sprachkenntnisse, die es für ein erfolgreiches Studium braucht, lassen sich recht gut objektivieren: Es braucht ein hohes Niveau in der Studiengangsprache, die im Kanton Bern meist Deutsch, manchmal Französisch oder speziell in Naturwissenschaften auch Englisch ist. Wir haben uns deshalb von Anfang an entschieden, in die Pilotklasse in Biel, welche Geflüchtete mit gymnasialer Vorbildung sprachlich auf das notwendige Niveau bringt, auch einige Personen

aufzunehmen, die das klare Potenzial haben, ein fluchtbedingt unterbrochenes Hochschulstudium fortzusetzen.

Toll ist auch, dass sich die Studierendenorganisationen sehr zupackend und engagiert für eine erfolgreiche Integration von Geflüchteten ins Studium einsetzen. So haben sie sehr rasch an Universität und Fachhochschule Mentoratsprogramme aufgebaut: Freiwillige Studierende stehen den Geflüchteten während des Semesters als Ansprechperson zur Verfügung und helfen beim Einstieg in die hiesige Wissenschaftskultur sowie bei praktischen Fragen und Problemen.

Generell lässt sich sagen, dass an unseren Hochschulen das Bestreben spürbar ist, trotz vieler Widrigkeiten solchen Geflüchteten, die aus einem Hochschulstudium gerissen wurden, den Bildungsabschluss zu ermöglichen.

6. Erwachsene

Eine wichtige Aufgabe sind für uns die Sprachkurse für Erwachsene. Spät zugewanderte Erwachsene

brauchen Zugang zu Angeboten, wo sie Deutsch oder Französisch lernen können – z.B. Mutter-Kind-Sprachkurse oder intensive Sprachkurse, die sie für die Berufsbildung vorbereiten. Hier wird in den nächsten Jahren ein starker Ausbau stattfinden müssen. Wir sind daran entsprechende Mittel in den Finanzplan einzustellen.

Das ist gut investiertes Geld. Die Sprache ist das Eingangstor zu Bildung und zur Arbeitswelt. Heute sind viele Flüchtlinge von der Sozialhilfe abhängig. Sie finden keine Stelle oder arbeiten mit einem tiefen Lohn. Wir müssen darauf achten, dass sie unsere Sprache lernen und sich aus- und weiterbilden können, damit sie sich ihren Lebensunterhalt selber verdienen können. Hier sind wir – wie bei der Integrationsvorlehre – auf die Zusammenarbeit mit der Arbeitswelt angewiesen. Es braucht zum Beispiel Praktikumsplätze, damit ein Flüchtling Berufserfahrung hier in der Schweiz sammeln kann.

7. Zum Schluss noch ein Wort zu den Herausforderungen

Ich habe zu Beginn Angela Merkel zitiert: „Wir schaffen das“. Ich bin überzeugt, dass wir es schaffen. Aber wie gesagt: Es wird auch schwierig, wir dürfen die sich stellenden Herausforderungen nicht unterschätzen.

Ich möchte dabei drei erwähnen:

1. Die Finanzen: Das Ansteigen der Flüchtlingszahlen führt zu zusätzlichem Finanzbedarf in einer Phase, in welcher der Kanton Bern gerade daran ist, ein neues Sparpaket zu schnüren. Das ist ein schwieriger Spagat. Bisher haben wir es geschafft und entsprechende Nachkredite wurden vom Grossen Rat auch bewilligt. Die schiere Zahl, die allenfalls auf uns zukommt, kann diese Situation stark erschweren. Bisher sind wir ja von so grossen „Wellen“ wie Deutschland oder Österreich noch verschont geblieben...

2. Die Herausforderungen der kulturellen Integration dieser Schülerinnen und Schüler dürfen wir nicht unterschätzen. Es gibt Dinge, die in anderen Ländern so grundlegend anders sind, dass wir den Flüchtlingen hier auch Zeit lassen müssen.

Wir haben auf Sek-Stufe II Schülerinnen und Schüler befragt, was denn für sie die Herausforderungen sind. Das Beispiel eines Schülers aus Somalia zum Thema Pünktlichkeit fand ich besonders beispielhaft: **Mündlich ausführen**.

3. Die Flüchtlinge stellen den Lehrkräften und den anderen Schülerinnen und Schüler manchmal auch recht schwierige „Aufgaben“:
 - a. Wie geht man mit traumatisierten Kindern um?
 - b. Wie kann man diesen Kindern eine gute Einbettung in Beziehungen bieten? Viele der Flüchtlinge sind ja sehr darauf

angewiesen, endlich zu Ruhe und einem stabilen Umfeld zu kommen.

- c. Wie geht man damit um, dass Flüchtlinge dann oft von einem auf den anderen Tag die Klasse verlassen, weil sie umgeteilt oder weil sie ausgeschafft werden? Und dies, nachdem man enorm viel Gewicht auf den Aufbau der Beziehung und der Geborgenheit gelegt hat.

Das alles sind schwierige Herausforderungen, die wir meistern müssen – neben der Grundherausforderung, welche jede Bildung und Erziehung mit sich bringt. Und doch: Wir schaffen das.

Und vor allem: Denken wir daran, wie viel weniger schwierig **unsere** Herausforderungen sind, verglichen mit derjenigen dieser Kinder und Jugendlichen, die Aleppo erlebt haben, die Schifffahrt übers Mittelmeer, die doppelten Böden von Lastwagen, die erlebt haben, wie niederfallende Bomben tönen, die Verlust in ihrer Familie hautnah miterlebt haben und jahrelang auf der Flucht waren. Damit verglichen sind unsere

Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik, mit
Verlaub, bescheiden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Bernhard Pulver, Entwurf 22. Januar 2017